

# Basta!

**Basels starke Alternative**

ABSTIMMUNG

## Ernährungssouveränität im Stadtkanton



Bild: Guerillia Gardening Wien

Am 23. September darf jene Hälfte der Einwohner\*Innen Basels, die die einschlägigen Schweizer Papiere haben, über die «Fair Food»-Initiative der Grünen Partei und die Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität, Landwirtschaft geht uns alle an» abstimmen.

### «Ernährungssouveränität»

«Ernährungssouveränität» ist ein Konzept, das die Kleinbäuer\*Innen-Internationale «La Via Campesina» seit 1996 als Teil der Anti-Globalisierungsbewegung entwickelt hat. Es richtet sich vor allem gegen die Herrschaft der globalen Nahrungsmittelkonzerne und gegen die Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft im Globalen Süden durch die WTO-Freihandelsrunden.

«Ernährungssicherheit» der prekären ländlichen Bevölkerung, so die Idee, ist nicht möglich ohne den Zugang zu den landwirtschaftlichen Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut sowie Selbstbestimmung. Das «Recht auf Nahrung», die «Ernährungssicherheit», ist nicht möglich ohne Demokratie, Selbstbestimmung und

soziale Rechte.

Die Bauerngewerkschaft Uniterre, die Schweizer Organisation von «La Via Campesina», will mit ihrer Initiative das Konzept der «Ernährungssouveränität» und eine ökologische und solidarische Landwirtschaftspolitik in der Schweizerischen Bundesverfassung verankern.

### Ein fünfter "March against Monsanto & Syngenta"

Weshalb aber soll uns Landwirtschaft im Stadtkanton Basel etwas angehen? Gerade acht Landwirtschaftsbetriebe stehen auf Kantonsgebiet, sieben davon in den Gemeinden Riehen und Bettingen. Und dennoch ist Basel ein Hotspot der Weltlandwirtschaft.

Wer in Basel über Landwirtschaft sprechen will, muss zwangsläufig über Syngenta sprechen, den 13 Milliarden USD-Riesenkonzern mit Hauptsitz an der Schwarzwaldallee, der kürzlich aus US-amerikanischem und britischem Mehrheits-Besitz in chinesischen übergegangen ist.

Mutationen an:  
Postfach 225  
4005 Basel

AZB  
4005 Basel



Klimacamp: Ernsthaft bis an die Wurzel

ab Seite 4



Steuerreform: Darum geht's!

Seite 6



Diese Spitalfusion kann nicht halten, was sie verspricht

## TERMINE

- Dienstag, 11. September  
**Koordination**
- Samstag, 15. September  
**Lauf gegen Grenzen**
- Dienstag, 18. September  
**Mitgliederversammlung**  
**Thema: Steuerreform**
- Samstag, 22. September  
**Demo für Lohngleichheit, Bern (S.5)**
- Sonntag, 23. September  
**Abstimmungssonntag (Parolen S. 3)**
- Montag, 24. September  
**Koordination**
- Montag, 22. Oktober  
**Koordination**
- Montag, 05. November  
**Koordination**
- Montag, 19. November  
**Koordination**
- Montag, 03. Dezember  
**Koordination**

## MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

## IMPRESSUM

Nr 03/2018

**Redaktion:** Franziska Stier, Martin Flückiger, Mariann Gloor, Till Kleisli

**Layout & Bildredaktion:** Franziska Stier

**Auflage:** 1200

**Herausgeber:** Förderverein BastA!,  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

**E-Mail:** sekretariat@basta-bs.ch

**Telefon:** 061 / 691 16 31

**Konto:** PC 40-31244-5

## ABSTIMMUNG



March against Monsanto & Syngenta, 19. Mai 2018, Foto: Franziska Stier

Jede Kampagne für «Ernährungssouveränität» richtet sich in Basel zwingend gegen den bis vor kurzem weltgrössten Pestizidhersteller.

Der am 23. September zur Abstimmung kommende Initiativtext würde nach Jahren des Moratoriums erstmals ein definitives Verbot des Einsatzes gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft in der Bundesverfassung verankern. Nach der Übernahme von Syngenta durch den chinesischen Staatskonzern ChemChina würde dieser Entscheid insbesondere von den chinesischen Umweltschutzgruppen wahrgenommen, die gegen die Agrotechnik kämpfen.

Direkt gegen Syngenta richtet sich im Initiativtext auch das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut. Syngenta, Bayer und Monsanto haben sich weltweit für Sortenschutzgesetze und Patente auf Pflanzeigenschaften engagiert, die exakt dieses Recht einschränken.

Abschnitt Eins des neuen «Art. 104 c Ernährungssouveränität» verlangt vom Bund auch, eine Landwirtschaft zu fördern, die den ökologischen Erwartungen der Bevölkerung entspricht. Das wäre eine Handhabe für einen planmässigen Ausstieg aus der Pestizidwirtschaft. Eine Verankerung dieser Prinzipien in der Bundesverfassung des Syngenta-Hauptsitzlandes würde weltweit die ökologischen und bäuerlichen Bewegungen stärken.

### Nie mehr TTIP, "WTO out of Agriculture"

Der Kampf um «Ernährungssouveränität» ist eine Facette des globalen Konflikts zwischen neoliberalen Markttextremismus und Demokratie. Es geht darum, wie das UNO-Menschenrecht auf Nahrung umgesetzt werden soll. Ein Ja zur Initiative würde die Schweizer Diplomatie wohl auch verpflichten, in der UNO die Vorstösse für eine Erklärung der Rechte der Kleinbauer\*Innen zu unterstützen und sich damit gegen die USA und die EU zu stellen.

Der Initiativtext beauftragt den Bund, zum Schutz einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft auch Zölle auf Einfuhren zu erheben, die den ökologischen und sozialen Normen nicht entsprechen. Es ist dieser Abschnitt, der der Economie Suisse besonders sauer aufstösst. Der Verfassungsartikel

Art. 104 c 8 würde wohl geltendem WTO-Landwirtschaftsrecht widersprechen und dem Bundesrat den klaren Auftrag geben, ökologische und soziale Kriterien nicht einer marktfundamentalistischen Freihandelsideologie zu opfern. Falls das transatlantische Abkommen TTIP wieder ein Thema wird, würde 104 c 8 nützen. Wir bestreiten nicht, dass die «Ernährungssouveränität» aus der Anti-Globalisierungs-Bewegung und dem Ruf «WTO out of Agriculture» entstanden ist.

### Internationale Solidarität im imperialen Hauptsitzstandort

Aus dem Umfeld des «March against Monsanto & Syngenta» und der Basler Gruppe von MultiWatch ist kürzlich auch ein offener Brief «Nicht in unserem Namen, Basel!» lanciert worden, mit dem bis jetzt mehr als 700 Unterzeichnende sich von der Zusammenarbeit der Basler Regierung mit Syngenta distanzieren und konkrete solidarische Massnahmen für die Opfer von Syngenta im Globalen Süden fordern. So soll Basel den Opfern von Syngentas Pestiziden medizinische Unterstützung anbieten und an der Universität ein Institut für Agrarökologie schaffen, um der Propaganda der Syngenta Foundation entgegenzuhalten.

(<https://act.campax.org/petitions/nicht-in-unserem-namen-basel>). Dieser «Offene Brief» beweist, dass nicht alle Einwohner\*Innen Basels mit der imperialen Lebensweise im Hauptsitzkanton einverstanden sind. Ein Basler «Ja» am 23. September würde das unterstreichen.

### Auch lokale Bewegungen engagieren sich für «Ernährungssouveränität»

«Ernährungssouveränität» ist ein Kampfbegriff, der der konkreten Situation angepasst werden muss.

Es gibt heute in Basel lokale Bewegungen für mehr Selbstbestimmung und demokratische Souveränität in der Ernährung. Dutzende von Projekten und Organisationen mit mehreren hundert Aktivist\*innen betreiben unterschiedlich radikale Formen von Urban Agriculture, von «Community Supported Agriculture» bis zu «Guerilla Gardening» und «Basic Food Income». Sie knüpfen oft unwissentlich an die Tradition sozialistischer Utopien und Genossenschaften an, die wie Marx und Engels die



Quelle: [cronicasdeldespojo.blogspot.com/2017/10/las-luchas-de-la-via-campesina-porla.html](http://cronicasdeldespojo.blogspot.com/2017/10/las-luchas-de-la-via-campesina-porla.html)

Trennung von Stadt und Land überwinden wollten. Sie versuchen sich in genossenschaftlichen und egalitären Organisationen und kollektiver Arbeit in Gemeinschaftsküchen, kritisieren den Geltungskonsum und den mit dem modernen Marketing verbundenen «Food Waste», finanzieren sich über Unkostenbeiträge statt fixe Preise. Die Liste der Projekte ist lang. Seit einigen Jahren trifft man sich jedes Frühjahr am «Samen-Sonntag» zu einer Saatgut-Börse, an der genau das getan wird, was neoliberale Saatgut- und Patentgesetze den bäuerlichen Gemeinschaften verbieten wollen, nämlich Saatgut frei zu tauschen. Die gemeinsamen Gärten möchten «Living Utopia» werden und Freiräume für die interkulturelle und intergenerationelle Begegnung in der Stadt sein. Die Bewegung kämpft auch gegen das Verschwinden des Ernährungswissens der Bevölkerung, das ein Aspekt der kapitalistischen Entfremdung ist.

**Eine rationale Landwirtschaft kann es im Kapitalismus nicht geben**

Die ETH-Forscherin Angelika Hillbeck wird mit der Aussage zitiert, «wir werden keine ökologische Landwirtschaft hinbekommen, wenn wir das bestehende ökonomische System erhalten.» (Widerspruch 64/2014, S. 10). Tatsächlich ist es so, dass die neuen ökologischen und solidarischen Experimente der Urban Agriculture in einer kapitalistischen Gesellschaft wohl immer ein Selbstversorgungs- und Nischenprodukt bleiben werden. Solange die Preise der Nahrungsmittel um den Wert der für ihre Produktion durchschnittlich gesellschaftlich benötigten Arbeitskraft fluktuieren, wird es die arbeitsintensive ökologische Landwirtschaft schwer haben, für ihre Produkte auf dem Markt kostendeckende Preise zu erzielen. Ökologisch und sozial hergestellte Nahrungsmittel werden nicht für die gesamte reale Arbeitszeit bezahlt, die in ihnen steckt, sondern auf der Basis einer durchschnittlichen Arbeitsproduktivität. Die ökologische Landwirtschaft ist deshalb auf Kund\*innen angewiesen, die bereit sind, aus ökologischen und sozialen Gründen signifikant höhere Preise zu bezahlen. In der reichen Schweiz, in der nur noch 8%-14%

der Haushaltsbudgets für Lebensmittel ausgegeben werden, wird so etwas vielleicht in gewissem Umfang möglich sein.

So etwas wie «faire Preise» für landwirtschaftliche Produkte kennt das Kapital hingegen nicht. Es hat ein grosses Interesse, die für die Reproduktion der Arbeiterklasse relevanten Lebenshaltungskosten und damit seine Lohnkosten tief zu halten. Der Import von billigen Lebensmitteln aus den Kolonien, der Ersatz von Brotgetreide durch Kartoffeln und die Einfuhr von Zucker für den Massenkonsum waren wichtige Voraussetzungen für die kapitalistische Industrialisierung. Karl Marx hat das mit dem Begriff der Strategie des «relativen Mehrwerts» beschrieben. Diese Strategien sind heute immer noch relevant. So ist etwa die Stagnation der Löhne der US-amerikanischen Arbeiter\*innen nicht denkbar ohne die auf Zucker aus Gentech-Mais-Monokulturen basierende Junk Food-Kultur.

Eine rationale Landwirtschaft und Ernährung ist mit dem Kapitalismus unvereinbar. Das System ist heute so irrational und widersprüchlich, weil im Kapitalismus Nahrung nicht primär als Gebrauchswert, sondern als Tauschwert zählt. Das Kapital will sich reproduzieren, koste es was es wolle. So leiden US-Farmer unter einer Überproduktionskrise, während weltweit Millionen hungern. Ethanol und Tabak wird auf Landwirtschaftsland gewonnen, während den Kleinbäuer\*innen der Zugang zu Land fehlt. Konzerne wie Nestlé fördern mit raffinierter Werbung den Umsatz für Schokolade-Riegel und Junk Food, während weltweit eine Diabetes-Epidemie grassiert.

Ohne radikalen Bruch mit dem Kapitalismus werden auch die schönsten «Living Utopias» nur Inseln bleiben.

**Erste Schritte**

Nicht wenige der jungen Teilnehmenden am diesjährigen «March against Monsanto & Syngenta» kamen aus den Basler Food Bewegung. «Ernährungssouveränität» wäre ein Konzept, hinter dem sie sich mit der Antiglobalisierungsbewegung im Globalen Süden und der «La Via Campesina»

solidarisieren könnten.

Ernährungssouveränität im Stadtkanton beginnt wohl mit einer von den Bewegungen gemeinsam demokratisch erarbeiteten städtischen Ernährungsstrategie, die die Zusammenarbeit mit regionalen ökologischen und sozialen Produzenten stärkt. Ein bisschen «Fair Food» liesse sich auch im Stadtkanton realisieren. Auch Kriterien der Konzernverantwortungsinitiative könnten beigezogen werden. Es kann nicht sein, dass wir die Ernährungsstrategie den Grossverteilern und Multis wie Nestlé und Syngenta überlassen.

PS: Nicht vergessen! Am 23. September zweimal Ja zu den Initiativen «Für Ernährungssouveränität» und «Fair Food». Ein gutes Abstimmungsresultat am Hauptsitzstandort von Syngenta käme einem weiteren «March against Monsanto & Syngenta» gleich.



Ueli Gähler ist Mitorganisator des «March against Monsanto & Syngenta» und Mitautor des «Schwarzbuch Syngenta» von MultiWatch Basel. Sein neues eBook «Syngenta wird chinesisch» steht kostenlos oder als eBook zum Download zur Verfügung. (<https://multiwatch.ch/aktivitaet/neues-buch-syngenta-wird-chinesisch/>).

**ABSTIMMUNGEN**

**Parolen vom 23. September in Kürze**

**National:**

JA zum Bundesbeschluss vom 13. März 2018 über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]») (BBl 2018 1483);

JA zur Volksinitiative vom 26. November 2015 «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» (BBl 2018 1475);

JA zur Volksinitiative vom 30. März 2016 «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» (BBl 2018 1477).

**Kantonal**

keine Abstimmungen

# Alter Wein in neuen Schläuchen Was beinhaltet die Steuervorlage 17?

Die Schweiz und der Kanton Basel-Stadt sind heute auf Spitzenplätzen was den Steuerwettbewerb für multinationale Konzerne angeht. Die Steuervorlage 17 hat das Ziel, diese Position zu halten oder sogar zu verbessern. Daher beinhaltet die Vorlage Mechanismen, welche die international nicht mehr akzeptierte Sonderbesteuerung von Multis ersetzt:

Einnahmen aus Patenten und vergleichbaren Rechten würden durch die «Patentbox» tiefer besteuert als andere Gewinne. Zudem können für «Forschung und Entwicklung» mehr als die realen Kosten von den Steuern abgezogen werden. Konzerne müssen mit diesen Sonderrechten bis zu 70% weniger Steuern bezahlen als andere Firmen.

Gleichzeitig werden auch die normalen Unternehmenssteuern in den Kantonen stark gesenkt. Grundsätzlich sind die Kantone frei, ob sie die Unternehmensgewinn- und -kapitalsteuersätze senken wollen oder nicht. Es haben jedoch alle Kantonsregierungen angekündigt, bei diesem Spiel mitzumachen.

Allen voran Basel-Stadt. Heute ist unser Kanton mit einem effektiven, ordentlichen Unternehmensgewinnsteuersatz von 22 % der zweitbeste Kanton in der Schweiz – international gesehen aber schon jetzt sehr günstig. Mit der vorgesehenen Senkung auf 13 % schliesst Basel zu den Spitzen-Steuerdumpingkantonen in der Schweiz auf. Auch die Besteuerung des Kapitals würde von gut 5 % auf 1 % gesenkt.

In Basel-Stadt bringt die Umsetzung der SV 17 netto einem jährlichen Einnahmeverlust von 150 Millionen. Damit fällt auch unser, heute finanziell stabiler Kanton ins strukturelle Defizit. Nach Berechnungen von Eva Herzog fehlen dem Kanton in Zukunft jährlich 20 Millionen. Bund und Kantone verlieren insgesamt 2-3 Milliarden Franken Steuereinnahmen.

Neu wird bei der SV17 ein Ausgleich für die Bevölkerung diskutiert. Der Bundesrat schlug eine leichte Erhöhung der Familienzulagen von 30.- im Monat vor. Der Ständerat ersetzte diese durch die

Zusatzfinanzierung der AHV, welche aber nicht nur von den Unternehmen, sondern zum grössten Teil durch die Bevölkerung selber bezahlt würde (Lohnbeiträge, MwSt.). Kleine Verbesserungen im Vergleich zur USR III sind, dass die zinsbereinigte Gewinnsteuer im Bundesratsvorschlag nicht mehr drin ist (in den Parlamenten wird sie aber weiterhin diskutiert). Zudem wird die in der USR II auf ein Minimum gesenkte Dividendenbesteuerung voraussichtlich wieder etwas erhöht.



Tonja Zürcher, Co-Präsidentin BastA!

# STAF bzw. Steuerreform 17 ein Königsdeal?

## Kommentar

Der Steuerdeal mit der AHV-Reform wird von den einen juristisch kritisiert, da die Einheit der Materie nicht gegeben sei und von den anderen als Königskompromiss gefeiert. Wobei es das Wort „König“ ganz gut trifft. Denn Frauen haben von diesem Deal perspektivisch gesehen nichts.

Zunächst war es erfreulich, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters ausgesetzt werden sollte. Doch einerseits liegt der nächste Anlauf dazu schon in der Schublade und andererseits darf man durchaus fragen, zu welchem Preis hier gedealt wird. Steuergerechtigkeit und damit Fragen der Klassenpolitik werden klar gegen die Anliegen der Frauen ausgespielt.

## Sorry Jung, wir können rechnen

Die anstehende Steuerreform will illegale Steuerpraxen in legale Steuervermeidung transformieren. Die Milliarden, die den Kantonen und dem Bund dabei verloren

gehen, werden an anderen Orten eingespart, und vermutlich wird es keine Strasseninfrastrukturprojekte treffen, sondern wieder Bildung, Gesundheitswesen, Erziehung und den Gleichstellungsbereich. An diesen Orten werden vor allem Frauen die Zeche zahlen. Einerseits, weil sie überproportional in diesen Bereichen Erwerbsarbeit leisten und andererseits, weil diese Tätigkeiten nicht unterlassen werden können. Fallen Betreuungs- und Pflegeangebote weg, sind es vor allem Frauen, die diese Arbeit gratis leisten werden.

## Unser Feminismus ist international

Das gleiche trifft auch auf den globalen Kontext zu. Gewinne, die andernorts erwirtschaftet werden, bleiben auf diese Weise in der Schweiz (geringst)versteuert. Infrastrukturprojekte, Bildung und Gesundheit können auf diese Weise im globalen Süden nur unzureichend aufgebaut werden. Eine Studie zur Kapitalflucht der University of Massachusetts geht bspw.

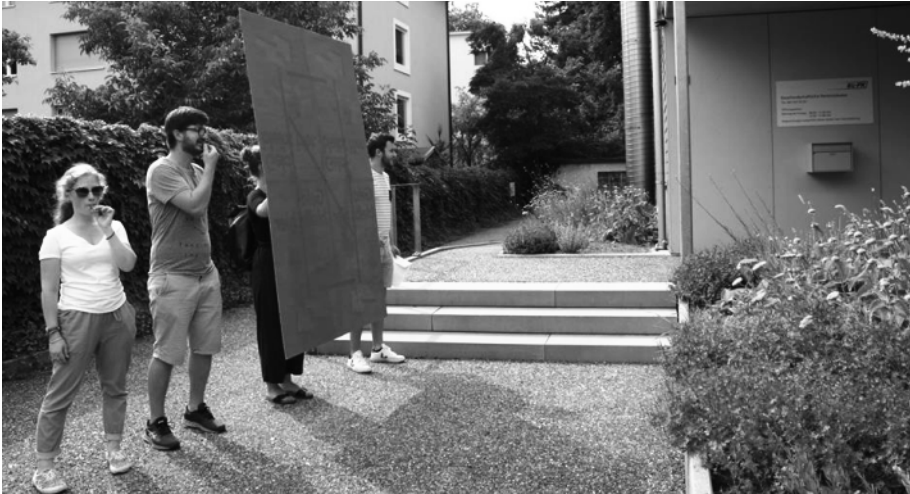
davon aus, dass die Kapitalflucht die Höhe der Entwicklungshilfen, die auf den afrikanischen Kontinent fließen, deutlich übersteigt. Wer die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Schwestern dort wahrnimmt, kommt zu dem Ergebnis, dass es eine gerechte Steuerreform braucht.

Wir lassen uns nicht erpressen.



Franziska Stier, Parteisekretärin BastA!

# Divest Now!



"Der Pensionskasse die rote Karte zeiten", Aktion am 4. Juli 2018, Foto: Marcel Frefny

Klimaschutz liegt hierzulande zum Glück vielen Leuten am Herzen und doch sind wir noch weit entfernt von einer klimafreundlichen Gesellschaft. Die Förderung des öffentlichen Verkehrs, der Isolation von Gebäuden und der erneuerbaren Energien ist oft im Fokus der schweizerischen Klimaschutzdebatte. In diesen Bereichen gibt es bereits einige Erfolge zu verzeichnen, oder zumindest ein Bewusstsein in der Bevölkerung. Vergessen geht hingegen oft, dass schweizerische Finanzinstitute mit ihren milliardenschweren Investitionen in fossile Energie rund das 20-fache der inländischen CO2 Emissionen verursachen.

## Geld grilliert die Welt

Investitionen in fossile Energieträger und deren Förderung nehmen enorme Ausmasse an. So werden zum Beispiel knapp 11 Prozent der US-Aktienanlagen der Schweizerischen Nationalbank in fossile Energie investiert. Diese Investitionen befeuern die Klimakatastrophe in grossem Ausmass und sind

inkompatibel mit nationalen und internationalen Verpflichtungen der Schweiz bezüglich Klimaschutz, zum Beispiel dem Pariser Abkommen. Nicht zuletzt sind diese Investitionen grossen Schwankungen ausgesetzt und drohen mit kommenden Klimaschutzmassnahmen enorm an Wert zu verlieren. Die sogenannte Carbon-Bubble könnte zu Milliardenverlusten bei Staat und Pensionskassen führen.

Die Situation ist absurd. Die Schweiz engagiert sich mit nationalen Vorlagen wie dem CO2-Gesetz, sowie mit internationalen Abkommen für den Klimaschutz und dennoch investieren Institutionen wie die Nationalbank, die Altersvorsorge und Pensionskassenfonds weiterhin im grossen Stil in Kohlekraftwerke und Ölpipelines.

Zum Schutz des Klimas und zur Verhinderung von Finanzblasen müssen die Nationalbank und Pensionskassen so schnell wie möglich aus diesen Investitionen aussteigen und der Finanzplatz Schweiz soll eine

Führungsrolle im Wandel hin zu einer ökologischen Wirtschaft einnehmen.

Um hier Druck zu machen, hat das jgb im Rahmen einer schweizweiten Kampagne der Klima-Allianz die Grossrät\*innen der Grünen Basel-Stadt und BastA! aufgefordert, das Divestment ihrer Pensionskassengelder zu verlangen. Zusammen haben wir zudem auf dem Marktplatz demonstrativ einen Globus auf einem Grill mit symbolischem Falschgeld grilliert.

Doch nicht nur die Stadt Basel hat Handlungsbedarf, die BLPK (Basellandschaftliche Pensionskasse) wird von der Klima-Allianz Schweiz in Sachen Klimaverträglichkeit als «Schlusslicht» der Schweizer Pensionskassen bezeichnet. Aus der Beantwortung einer Interpellation der Grünen/EVP Fraktion im Landrat ist ersichtlich, dass bisher über 150 Millionen Franken in den Energiesektor investiert wurden.

Anknüpfend an die Globus-Aktion in Basel hat das jgb im Juli der Geschäftsleitung der BLPK deswegen symbolisch die rote Karte gezeigt. Diese Inszenierungen sollen Politik, Gesellschaft und Bulletin-Leser\*innen dazu ermutigen, sich aktiv für Divestment einzusetzen.



Marcel Frefny (jgb Vorstand)

## FRAUEN\*DEMO AM 22. SEPTEMBER IN BERN

# #ENOUGH 2018

- 62 Jahre bis zum **Frauenstimmrecht**
- 88 Jahre bis zur **Gleichstellung im Eherecht**
- 60 Jahre bis zur **Liberalisierung der Abtreibung**
- 86 Jahre bis zur **Mutterschaftsversicherung**

Und wie lange noch bis zur  
**Lohngleichheit?**  
Grosse Frauendemo in Bern: 22.9.

## Frauen\*demo Bern 22. September 2018

Anreise mit dem Zug:

Zug 2: Basel – Olten – Bern

Abfahrt	Stadt
12.06 Uhr	Basel SBB
12.16 Uhr	Liestal
12.23 Uhr	Sissach
12.42 Uhr	Olten
13.15 Uhr	Bern

# Ernsthaft bis an die Wurzel

Vom 3. Bis 13. August wurde zum zweiten nordwestschweizer Klimacamp nach Pratteln eingeladen.

Den Teilnehmenden ging es um mehr als Ursachen und Folgen des Klimawandels zu diskutieren. Das Camp ist auch ein Zeichen gegen neoliberale Isolation und Ohnmachtsgefühle im Alltag. «Wir wollen an diesem Ort unsere Selbstwirksamkeit spüren und zeigen, dass ein klimaneutrales Leben auch genussvoll sein kann», erzählt die Aktivistin Tilda. Dabei drängt sich natürlich die Frage nach der Beteiligung aller auf. Maria sieht das gelassen. «Ich möchte nicht aufwiegen, wer sich wieviel beteiligt. Jeder bringt sich so ein, wie er kann. Dazu brauchen wir kein Arbeitskorsett. Schließlich liegen auch die Fähigkeiten und Möglichkeiten bei jedem Menschen anders.»

Neben Programmpunkten wie «Einfach gut leben» und Kulturbeiträgen, wurden inhaltliche Workshops und Aktionstrainings angeboten, um auf die Climate Games vorzubereiten. Maria fasst zusammen: «Dieses Camp ist wunderbar und gleichzeitig ernsthaft bis in die Wurzel.» Es geht um Selbstveränderung und Gesellschaftsveränderung.

## Action: Climate Games!

Im Verlauf des Camps gab es einige kleinere Aktionen, die auf der Website sorgfältig aufbereitet wurden. So wurde das Fischsterben aufgrund der Wassertemperatur genauso thematisiert, wie Innenstädte voller Parkplätze anstatt Lebensraum. Am 10. August starteten schliesslich die "grossen Spiele". Von Freitag 07:30 Uhr bis Samstag 12:00 Uhr versperren rund 130 UmweltaktivistInnen die Zugänge des Port of Switzerland durch friedliche Massenblockaden. Unterstützt wurden sie dabei von zahlreichen Helfenden.

## Blockieren strengt an

Gegen 04:00 Uhr begann der Weckdienst auf



Auhafenblockade 10. August 2018, mehrere Teilnehmende haben sich an ihre Fahrräder gekettet. Foto: Franziska Stier

dem Klimacamp. Die meisten hatten wohl weniger als 4 Stunden Schlaf und obwohl es an diesem Freitag etwas kühler war, als die Tage zuvor, gingen Hitze und Sonne an die Substanz. Erfreulich blieb aber, dass sich die Arbeit des Care-Teams auf Verpflegung, Getränke und gute Laune konzentrierte und es keine Verletzungen gab.

## «On est plus chaud que le climat» (Es ist heisser als das Klima)

Die Stimmung war nicht nur bei den AktivistInnen gut. Ein Unternehmen stellte seine Toilette für rund 90(!) Personen zur Verfügung und ein Hafenaarbeiter spendierte den Blockierenden am Auhafen Pizza. Auch eine benachbarte Kaffeerösterei solidarisierte sich und offerierte den AktivistInnen Kaffee. Selbst die Polizei zeigte sich gelassen und erkundigte sich, ob die AktivistInnen genug Wasser hätten. Fast schon solidarisch klärte sie in dieser Zeit Konflikte mit denen, die die Strassen passieren wollten und nicht konnten.

Der Ölhafen sollte eigentlich in der Zeit der Climate Games geschlossen sein. Die Basellandschaftliche Zeitung berichtete, dass der Hafetrieb wegen der UmweltaktivistInnen geschlossen würde. Dennoch wurden einige Tanklaster befüllt, die nun nicht ausfahren konnten. «Team Blau», wie die

Polizei während der Games gern genannt wird, geht in dieser Zeit deeskalativ und vernünftig vor.

## Erfolgmodell ziviler Ungehorsam

Das Aktionskonzept ist für viele Schweizer\*innen neu. Es könnte das erste Mal gewesen sein, dass sich Menschen in einem solchen Rahmen an Massenblockaden in der Schweiz beteiligten. Gleichzeitig ist ziviler Ungehorsam kein Selbstzweck. Die Verantwortung für die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens mit dem Ziel bis 2050 aus den fossilen Brennstoffen auszusteigen, darf nicht weiter abgeschoben werden. Hier stehen laut den PressesprecherInnen auch die EignerInnen des Ports of Switzerland, also die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Baselland in der Pflicht.

## Kämpfe verbinden – so kann man gewinnen.

Die Klimabewegung schafft es hier erfolgreich Kämpfe zu verbinden. Am Klimacamp nahmen auch Frauen der «Women in exile» teil und forderten eine Diskussion um Klimawandel und Fluchtbewegungen. Fluchtursachen infolge des Klimawandels sind eine Bedrohung, die von unserer Gesellschaft noch viel stärker wahrgenommen werden muss. Frauen sind davon in besonderer Weise betroffen, da sie vielerorts die Versorgungsarbeit der Familie übernehmen. Sind Zugang zu Wasser und Nahrung erschwert, wirkt sich das direkt auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen aus.

Am Hafen wurde dann auch ein Transparent zu den Folgen globaler Ausbeutung und für die Schaffung sicherer Fluchtwege aufgehängt. Zudem trugen einige AktivistInnen Umhänge mit der Botschaft: «Climate Justice now – Frauenstreik 2019!». Damit beteiligten sie sich nicht nur an einem Aufruf zum politischen Streik, der die Gleichstellung in Mitteleuropa einfordert, sondern zeigten als feministische Bewegung auch ihre Verbundenheit mit den Frauen des globalen Südens.

Franziska Stier, Parteisekretärin



"No jobs on a dead planet", Auhafenblockade 10. August 2018 Foto: Franziska Stier

# Diese Spitalfusion kann nicht halten, was sie verspricht!

Es ist unbestritten - das Gesundheitswesen benötigt dringend Reformen und Regulierungen. So kann es wirklich nicht mehr weitergehen – das wettbewerbsbedingte Hochrüsten der Spitäler und Kliniken verursacht enorme Kosten - ohne dass die Qualität der Behandlungen zunehmen würde. Im Gegenteil - es kommt vermehrt zu nicht notwendigen Operationen, um die getätigten Investitionen wieder refinanzieren zu können. Die jährlich steigenden Krankenkassen-Prämien belasten die Haushaltsbudgets übermässig und stehen in keinem Verhältnis zu anderen Ausgaben. Die Konkurrenzsituation zwischen den Krankenkassen ist unproduktiv und der Markt produziert viel Unsinn – wie u. A. Fallpauschalen im stationären Bereich (DRG und Tarpsy), eine unglaubliche Bürokratie und ein wahnsinniges Controlling. Einzelne eingeführte Sparmassnahmen, führen unweigerlich zu nicht erwünschten Anpassungseffekten – wie beispielsweise das Diagnose-sammeln, damit so hoch wie möglich abgerechnet werden kann. Es braucht ein Umdenken – die kapitalistische Logik bringt keine effektiven Lösungen. Es braucht daher zwingend mehr Regulierungen und gemeinsame regionale Planungen mit allen Beteiligten, um die Kosten im Gesundheitswesen stabilisieren zu können.

Eine Zweiklassen-Medizin lehnen wir ab und die Leistungen müssen für die Menschen und für die Gemeinden finanzierbar bleiben. Die bestehende Krankenkassen-Kopfprämie bleibt auch weiterhin eine unsolidarische Finanzierung. Gesundheit muss nachhaltiger und auf die Allgemeinheit ausgerichtet sein. Es darf nicht nur um die hochspezialisierte Medizin gehen. Zudem müsste die Gesundheitsprävention einen viel höheren Stellenwert erhalten und entsprechend gefördert werden.

## Im Februar 2019 kommt es zur Abstimmung

Im September kommen die zwei Staatsverträge sowie die Kommissionsberichte in die Parlamente der beiden Basler Kantone. Die beiden involvierten Kommissionen haben ihre Berichte an einer gemeinsamen Präsentation am 2. Juli den Medien vorgestellt. Sie arbeiteten unter Hochdruck, um den Zeitplan einhalten zu können. Es kommt im Februar 2019 zu einer Volksabstimmung in beiden Kantonen, da beide Verträge dem obligatorischen Referendum unterstellt wurden, sofern beide Parlamente den Staatsverträgen zustimmen.



## 1x JA - für eine gemeinsame regionale Planung

Der Staatsvertrag der beiden Kantone betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung ist unbestritten und sollte klar angenommen werden. Mit diesem Staatsvertrag wird die Grundlage zu einer gemeinsamen, regionalen Planung des Gesundheitswesens gelegt, um gemeinsame Spitalisten, gewünschte Kooperationen und Regulierungen festzulegen.

## 1x NEIN – gegen eine über's Knie gebrochene Spitalfusion

Der Staatsvertrag der beiden Kantone betreffend der Fusion zum Universitätsspital Nordwest AG löst hingegen eine viel grössere und kontroverse Debatte aus. In der städtischen Kommission lehnt eine linke Minderheit den vorgelegten Staatsvertrag ab. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Universitätsspital BS und dem Kantonsspital BL wird begrüsst – jedoch überwiegen die negativen Punkte im Staatsvertrag deutlich, sodass dieser abgelehnt werden muss.

- Die Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit öffentlichem Zweck ist ein weiterer Schritt in Richtung Privatisierung. Die Einflussnahme der Parlamente auf die neue Spitalgruppe ist kaum mehr vorhanden und die Oberaufsicht ist nur noch beschränkt möglich.

- Der Staatsvertrag hält am Status Quo der vier Spital-Standorte fest und somit wird die Möglichkeit vergeben, die notwendigen Strukturanpassungen zu machen. Im Gegenteil wird auf dem Bruderholz eine Orthopädie aufgebaut – obwohl in diesem Bereich tendenziell ein Überangebot besteht.

Die Konkurrenzierung wird also weiter angeheizt, anstatt das Spital Bruderholz mittelfristig aufzugeben. Dies führt zu höheren Kosten und belastet wiederum Prämien- und Steuerzahlende.

- Die Finanzierung der neuen Spitalgruppe ist nicht partnerschaftlich. Der Stadtkanton trägt die viel höheren Kosten und das grössere Risiko. Baselland bestimmt aber gleichberechtigt mit. Eine paritätische Beteiligung wie beim Kinderspital wäre angezeigt. Die Investitionen für die beiden Spitäler Liestal und Bruderholz sind hoch.

- Kooperationen und Forschungsnetzwerke unter den Spitälern anstatt einer Fusion, die über das Knie gebrochen wird. Die Basler Regierung hat zwei Tage nach der Pressekonferenz die Kooperation mit dem Clara-Spital zu einem gemeinsamen Zentrum vorgestellt und somit selbst aufgezeigt, dass es bessere Lösungen als eine Fusion gibt.



Oliver Bolliger - Grossrat und Mitglied der GSK

# Schweizer Werte sind nicht teilbar – sie gelten weltweit!

Kaum jemand käme heute auf die Idee, die Einhaltung der Menschenrechte oder die international anerkannten Umweltstandards in der Schweiz in Frage zu stellen. Diese wichtigen Errungenschaften sind aus unseren Wertvorstellungen nicht mehr wegzudenken. Dies würde man zumindest meinen. Betrachtet man jedoch das Verhalten gewisser Schweizer Konzerne im Ausland, besonders in Entwicklungs- und Schwellenländern, zeigt sich ein anderes, befremdliches Bild. Im Brennpunkt stehen die rund 500 ausländischen Rohstoffkonzerne, die ihren Hauptsitz in der Schweiz halten und damit als «schweizerisch» gelten, obwohl kaum ein Schweizer im verantwortlichen Management tätig ist. Konkret geht es um das Geschäftsgebaren der Tochtergesellschaften von Öl- und Bergbauunternehmen, die sich nicht um menschenwürdige Arbeitsbedingungen und die Bewahrung der Umwelt kümmern, sondern primär ihre Gewinne optimieren wollen. Nicht selten ist auch Korruption im Spiel. Dies darf nicht sein, denn ein solches Verhalten sogenannter schweizerischer Firmen missachtet die Menschenrechte und Umweltstandards und gefährdet den Ruf der Schweiz massiv.

Aus diesem Grund haben über 100 schweizerische Organisationen, aber auch namhafte Persönlichkeiten eine Volksinitiative gestartet, die solchem Gebaren Einhalt gebieten soll. Konkret verlangt die Konzernverantwortungsinitiative die Einhaltung gewisser Sorgfaltspflichten und Regeln, welche die Konzerne auch bezüglich der Geschäfte ihrer Tochtergesellschaften im Ausland erfüllen müssen. Missachten diese die Menschenrechte oder bewirken sie massive Umweltzerstörungen, haften die Muttergesellschaften dafür. Diese Mutter-Tochterhaftung ist in der Schweiz längst Standard.

Die Haftungsbestimmungen und die Beweislastumkehr haben in der Wirtschaft wie in der Politik zu intensiven Diskussionen geführt, welche letztlich in der Rechtskommission, in welcher ich Einsitz habe, in einen indirekten Gegenvorschlag mündeten, der einen pragmatischen Ansatz enthält. So werden u.a. deutlich weniger Unternehmen erfasst. Es wird aber auch klarer, welche Menschenrechte und Umweltstandards zu respektieren sind. Ein «Swiss Finish» ist ausgeschlossen, denn die Sorgfaltsprüfung erfolgt gemäss internationalem Standard. Die Rechtssetzung ist präziser, womit eine grössere Rechtssicherheit erreicht werden

kann. Das Initiativkomitee ist bereit, die Initiative zurückzuziehen, sollte der Gegenvorschlag vom Parlament angenommen werden.

Ich stehe klar zur Konzernverantwortungsinitiative, habe jedoch im Nationalrat auch dem Gegenvorschlag mit Überzeugung zugestimmt, weil damit eine Volksmehrheit wahrscheinlicher und zudem die Umsetzung der Ziele der Initiative wesentlich schneller möglich werden.



Sibel Arslan, Nationalrätin BastA!

## KANTONALER MINDESTLOHN

### Kein Lohn unter CHF 23.-

Mitte September werden wir gemeinsam mit SP, Grüne, den Gewerkschaften und anderen Organisationen eine kantonale Mindestlohninitiative lancieren. Ziel der Initiative ist es, keine Löhne mehr zu legalisieren, die armutsgefährdend sind. Unser Blick richtet sich dabei auf Einkommen, die trotz 100%-Pensum in Basel-Stadt keine Existenz ohne staatliche Unterstützung ermöglichen und damit nicht nur zu erwerbsteilen, sondern auch in der Pension Armut schaffen.

Unterschriftenbögen können unter sekretariat@basta-bs.ch bestellt werden.

